



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, Inhaber der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

„Aufschwung jäh gestoppt“

Im März wurde an dieser Stelle noch die Frage gestellt, ob es der SHK-Branche trotz der Corona-Krise gelingen werde, ihre bisher erfolgreiche Sonder-Konjunktur fortzusetzen. Nur einen Monat später ist diese Frage durch die reale Entwicklung beantwortet. Der ZVSHK-Präsident stellte offiziell fest, dass „das Virus den jahrelangen wirtschaftlichen Aufschwung des SHK-Handwerks jäh gestoppt“ habe. Michael Hilpert weiter: „Noch zehren die Innungsbetriebe von dem hohen Auftragsbestand der zurückliegenden Monate. Doch der schmilzt zusammen und wird aktuell unzureichend aufgefüllt.“ Das sei eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der neuesten Konjunkturumfrage in SHK-Innungshandwerk. Dabei haben sich die Einschätzungen der aktuellen Geschäftslage und der künftigen Geschäftsentwicklung deutlich verschlechtert. Das Badgeschäft wird am schlechtesten bewertet. Rund 60 % der Betriebe melden Auftragsstornierungen. Es bedarf keiner Prophetie, dass sich auch für die SHK-Branche eine Zeitwende abzeichnet. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die Investitionsbereitschaft bei den privaten, öffentlichen und gewerblichen Bauherren und Modernisierer sind derzeit unabsehbar.

Ende des Booms

Das Ende des Baubooms ist in Sicht. Wegen der langen Planungs- und Vorlaufzeiten schlägt sich der absehbare Auftragseinbruch allerdings mit relativ langen Verzögerungen nieder. Insofern dürften die noch positiven statistischen Meldungen keinen Bestand haben. So stieg der Umsatz im Hochbau im Januar 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat – auch bedingt durch den milden Winter – um stolze 12,5 %. Da diese beachtliche Umsatzsteigerung mit nur 2,3 % mehr Mitarbeitern erreicht worden ist, dürfte sich die Profitabilität der Betriebe weiter verbessert haben. Außerdem legten die Baupreise für Wohnungsgebäude im Februar um 3,4 % zu. Spitzenreiter waren Gas und Wasser (+4,6 %) sowie Heizanlagen (+4,1 %). Obwohl zu diesem Thema keine gesicherten Zahlen vorliegen, dürfte die Annahme berechtigt sein, dass gut geführte Bau- und Ausbaubetriebe in den letzten Jahren – als Folge der deutlich verbesserten Gesamtwirtschaftlichkeit – finanzielle Rücklagen aufbauen konnten.

„Es geht ans Eingemachte“

Dass die konjunkturelle Vollbremsung bereits Realität ist, bestätigt der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) mit folgender Feststellung: „Die noch zuletzt prall gefüllten Auftragsbücher leeren sich in einem Tempo und Umfang, dass es für viele Betriebe, die noch vor wenigen Wochen sehr gut dastanden, jetzt bereits ans Eingemachte geht. Die Umsätze brechen ein, die Kunden bleiben weg und Aufträge werden in einem bislang noch nie da gewesenen Ausmaß storniert.“ Zudem könnten Aufträge nicht erfüllt werden, weil Lieferketten zusammenbrechen. Bei vielen Handwerksbetrieben seien inzwischen die Fortführung und Zukunft real gefährdet. Deshalb sei es so wichtig, dass die Betriebe rasch und unbürokratisch Liquiditätshilfen erhielten.

„Dunkelste Stunde der Menschheit“

Die inzwischen alltäglichen Katastrophen-Meldungen zu den Auswirkungen der Corona-Krise setzen ein stabiles Nervenkostüm voraus. So erwartet die Weltbank eine massive Weltwirtschaftskrise. Die Chefin des Internationalen

Währungsfonds (IWF) spricht nahezu apokalyptisch von „der dunkelsten Stunde der Menschheit“. Die deutsche Wirtschaft werde um 7 % schrumpfen, also stärker als in der Finanzkrise 2008/2009, die einen Rückgang des BIP um 5,7 % ausgelöst hatte. Das Ifo-Institut bezeichnet die Pandemie als „beispiellosen Schock für die Weltwirtschaft“. Der Index der Produktions-erwartungen verzeichnete im März den schärfsten Einbruch seit Beginn der Umfragen im Jahr 1991. Vergleichsweise zuversichtlich zeigen sich die fünf führenden Wirtschaftsinstitute in ihren Frühjahrgutachten. Für das Gesamtjahr rechnen die Institute mit einem BIP-Rückgang um 4,2 %. Tiefstpunkt ist bei dieser Prognose das zweite Quartal mit einem verheerenden Einbruch um 9,8 %. Völlig offen ist die Frage, ob die für 2021 erwartete Erholung in V-, U- oder L-Formation erfolgen wird. Die fünf Institute erwarten für das nächste Jahr einen steilen Aufschwung um 5,8 % nach dem V-Modell.

Schaden pro Woche: 42 Milliarden Euro

Abzuwarten bleibt, ob, wann und wie sich die am 20. April gestartete Exit-Strategie aus den Corona-Maßnahmen bewährt. Der Ifo-Präsident plädiert dafür, die wirtschaftlichen Schäden des Lockdowns stärker zu berücksichtigen. Es gebe keinen unlösbaren Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Gesundheitsschutz. Die „Wirtschaftswoche“ fasst zusammen: „Fuest fordert einen flexiblen, stufenweisen Öffnungsprozess sowie regionale und branchenspezifische Unterschiede in der Exit-Strategie: Hochautomatisierte Fabriken und Betriebe mit geringer Ansteckungsgefahr sowie Einrichtungen mit weniger gefährdeten Personen wie Kitas und Schulen sollten prioritär geöffnet werden. Jede weitere Woche Shutdown kostet die Wirtschaft laut Fuest rund 42 Milliarden Euro.“

„Corona-Bonds“: der Marsch in die Schuldenunion

Die EU-Schuldenländer wollen offensichtlich die vermeintliche Gunst der Stunde nutzen, um im Corona-Schatten endlich das Ziel einer Haftungs- und Schuldenunion zu erreichen. Der bisherige Begriff „Euro-Bonds“ wurde folgerichtig ersetzt durch „Corona-Bonds“. Vor allem die Regierungen von Frankreich, Italien und Spanien üben vor und hinter den Kulissen maximalen Druck aus, um indirekten Zugriff auf deutsche Steuergelder zu erhalten. Dabei werden die wahren Motive vernebelt durch hehre Appelle an die (ohnehin mehr als strapazierte) europäische Solidarität. So hat der italienische Ministerpräsident kürzlich Deutschland und die Niederlande wegen ihres Widerstands mehrfach öffentlich attackiert. In Italien laufen mittlerweile Hass-Kampagnen gegen die „arroganten und herzlosen Deutschen“. Lars Feld, der Chef der Wirtschaftsweisen spricht dagegen Klartext: „Deutschland würde in voller Höhe für den Umfang jeder so begebenen Anleihe anderer Mitgliedstaaten haften, ohne auch nur ein kleines Wörtchen bei der Finanzpolitik des jeweiligen Landes mitreden zu können.“ Das Prinzip der Eigenverantwortung setzt den Willen aller Euro-Länder voraus, zunächst die eigenen Mittel zu nutzen. Vor dem Hintergrund, dass sich Italien seit dem Beitritt zur Euro-Zone stets als besonders bedürftig und unterstützungswürdig darstellt, muss die Frage erlaubt sein: Wie soll man es dem Steuerzahler erklären, dass sich Deutschland dauerhaft als Zahlmeister der Eurozone verpflichten soll, wenn das durchschnittliche Privatvermögen der Italiener fast viermal so hoch liegt wie das der Deutschen?